



Galileo

STREITBARE WISSENSCHAFT

ZEITUNG DER HOCHSCHULGRUPPEN DER MLPD

AUSGABE APRIL 2007

An zahlreichen Hochschulen in Baden-Württemberg, Niedersachsen, NRW, Hessen und Hamburg gab es auch im Wintersemester Demonstrationen, Besetzungen und Kundgebungen gegen die Einführung von Studiengebühren. Ausgehend von einer Kampagne des Studentenverbandes fzs setzten viele der aktiven Studierenden Hoffnungen in einen Gebührenboykott. Danach sollten mindestens 25 % der eingeschriebenen Studenten die erstmalig erhobenen allgemeinen Studiengebühren von 500 Euro pro Semester auf Treuhandkonten überweisen, anstatt sie an die Hochschulen zu bezahlen. Dieses selbst gesteckte Ziel haben außer drei kleineren Hochschulen in Karlsruhe keine der großen Universitäten erreicht. In Hamburg läuft die Frist noch bis Juni.

Zum Scheitern dieser Aktion hat sicherlich die massive Androhung der Exmatrikulation z.B. durch den baden-württembergischen Minister Frankenberger beigetragen oder auch die namentliche Erfassung der inzwischen 2 500 Kläger gegen Studiengebühren durch das dortige Wissenschaftsministerium. Diese Einschüchterungsversuche stießen auf große Empörung. Die Mehrheit der Studierenden ist nach wie vor gegen die Studiengebühren und der aktive Kern ist keineswegs gewillt zu



DER PROTEST GEGEN STUDIENGEBÜHREN IST NICHT ZU ENDE!

resignieren. Die Proteste gehen weiter und über Vernetzungstreffen werden Aktionen bundesweit koordiniert.

In Bochum besetzten am 16. März erneut ca. 100 Studierende der „Freien Universität Bochum“ das Querforum West, das am 31. Januar von 2 Hundertschaften der Polizei gewaltsam geräumt worden war. Damit wollen sie zeigen, dass sie sich von den häufigen Polizeieinsätzen gegen die Protestbewegung nicht einschüchtern und nicht kriminalisieren lassen. Sie kündigen bereits einen „heißen Sommer“ in Bochum an. (s. Seite 2)

BILDUNG IST EINE GESELLSCHAFTLICHE AUFGABE

Mittlerweile zeigt sich, dass – wie zu erwarten war – die Studiengebühren nicht für die Verbesserung von Forschung und Lehre eingesetzt werden. Die ZEIT vom 21.2.07 schreibt:

„Doch mit der Verwendung der bereits gezahlten Campus-Maut für steigende Energiekosten, Marketingmaßnahmen und zum Stopfen von Haushaltslöchern begehen die Universitäten etwa in Göttingen, Ulm, Dortmund, Aachen oder Os-

Fortsetzung auf Seite 2

INHALT

- S. 2 Die „Freie Uni Bochum“ macht weiter
- S. 3 Studentenproteste in Europa
- S. 4 Bestrafung für die Umweltverbrecher
- S. 6 Geht der Gesellschaft die Arbeit aus?
- S. 7 25 Jahre MLPD – 25 Jahre Entwicklung einer fortschrittlichen und revolutionären Kultur
- S. 8 Ein Schlitzohr im KZ
- S. 8 Urlaub!

nabrück Betrug an ihrer eigenen Klientel.“

Die MLPD lehnt Studiengebühren grundsätzlich ab – selbst wenn sie für die Verbesserung der Studienbedingungen verwendet würden. Denn sie grenzen v.a. Jugendliche aus unteren Einkommensschichten vom Studium aus und wälzen die Kosten auf die Familien ab. Bildung ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die vollständig vom Staat finanziert werden muss. Das Argument, dass ein Akademiker mehr koste und später mehr verdiene als ein Arbeiter, ist nicht stichhaltig. Denn die Gesellschaft braucht Ärzte, Lehrer und Wissenschaftler genauso wie sie Arbeiter und Angestellte benötigt. Deshalb fordert die MLPD ein kostenloses und einheitliches Bildungssystem vom Kindergarten bis zur Hochschule.

Der eigentliche Hintergrund für die Einführung von Studiengebühren ist die Umgestaltung der Universitäten zu „Bildungsunternehmen“, verbunden mit „Eliteförderung“, sozialer Auslese und Konzentration auf diejenigen Fachbereiche, mit denen die meisten Drittmittel aus der Industrie an Land zu ziehen sind. So will z.B. die Uni Dortmund zur „Technischen Universität“ werden und bei den Geisteswissenschaften abbauen, weil 90% der Fördergelder durch die Natur- und Ingenieurwissenschaften eingetrieben werden. (WAZ 7.2.07)

Es versteht sich von selbst, dass die Geldgeber Einfluss darauf nehmen, was geforscht und gelehrt wird. Die jahrzehntelange Ausbremsung der Brennstoffzelle als „saubere“ Energiequelle durch Öl- und Automobilkonzerne ist nur ein Beispiel dafür von vielen. Eine weitere Folge ist, dass sich Elite-Unis mit besten Studienbedingungen und Forschungseinrichtungen herausbilden und Massen-Unis, deren Absolventen erheblich schlechtere Berufsaussichten haben.

WIE MUSS DER KAMPF WEITERGEHEN?

Es ist wichtig, die Aktionen der vergangenen Semester auszuwerten und den Protest auch auf der Straße weiter zu führen. Allein durch die Klagen vor

Gericht wird das Gesetz zur Einführung der Studiengebühren nicht abzuschaffen sein. Von großer Bedeutung für die Zukunft ist auch die kritische Hinterfragung und Befassung mit Lehrinhalten. Etwa wenn die Forschung mehr und mehr des „schnellen Euros“ wegen betrieben wird und hierzu die Ackermäcker in die Spitzen der Hochschulverwaltungen eingesetzt werden. Da steht uns Einiges ins Haus. Aber die Erfahrungen aus Frankreich vom letzten Frühjahr und auch die gegenwärtigen Proteste in Griechenland (s. S. 5) zeigen, dass diese berechtigten Forderungen dann durchzusetzen sind, wenn sie gemeinsam mit der ganzen Bevölkerung erkämpft werden – mit den Arbeitern, Schülern, Gewerkschaftern, den Frauen, der Jugend. Das ist eine Kraft, mit der man sich der herrschenden Politik entgegen stellen kann.

Um das zu erleben, braucht man

DIE „FREIE UNI BOCHUM“ MACHT WEITER

Seit etwa einem Jahr gibt es die Freie Uni Bochum (FUB). Es ist ein Zusammenschluss von Studierenden, die sich im Mai letzten Jahres die Freiheit genommen haben, ein leeres Gebäude auf dem Campus zu besetzen, das Querforum West, um gegen das „Hochschulfreiheitsgesetz“, und den Beschluss, Studiengebühren einzuführen, zu protestieren. Es war eine Antwort auf die vielen neuen Einschränkungen, die den Studenten aufgezwungen werden: Studierende gründeten ein selbstorganisiertes Veranstaltungszentrum mit alternativen Vorlesungen, Diskussionen und Kulturveranstaltungen. So eine Freiheit, die sich die Studenten nahmen, war Rektor Elmar Weiler ein Dorn im Auge. Er ließ Ende Januar mit zweihundertschafften Polizisten das Gebäude räumen mit der Begründung, die FUB sei nicht demokratisch legitimiert. Dabei wurden auch Anzeigen gegen einige Studierende verhängt.

In der Protesterklärung der Hochschulgruppe der MLPD an den Rektor heißt es: *„...ist diese Räumung demokratisch? Ist die Einführung der Studiengebühren demokratisch? Die meisten Studenten sind dagegen. Hier wird die Einrichtung und die Studenten der freien Universität kriminalisiert, nur weil sie das demokratische Recht wahrnehmen zu protestieren gegen ein Studium, das zukünftig nur gegen Bezahlung möglich ist. Wir fordern die Rücknahme der Anzeigen gegen die Studierenden und den Ersatz für ihr gestohlenen Eigentum....“*

Die FUB hat sich die Freiheit genommen, weiterzumachen mit dem Protest gegen die eingeführten Studiengebühren und plant zusammen mit dem Protestkomitee gegen Studiengebühren im April (9. bis 15.4.), eine Aktionswoche mit Diskussionsveranstaltungen, Vorträgen, Filmvorführungen und einem Kulturprogramm auf dem Campus. Der Rektor hat die Anzeigen nicht zurückgenommen, „aus pädagogischen Gründen“. Bei den Studierenden bewirkt das genau das Gegenteil: *„Wir nehmen es nicht hin, dass man uns wegen legitimen Protestaktionen kriminalisiert“*. Weitere Informationen bei www.bo-alternativ.de

(Hochschulgruppe Bochum)

**Kontaktadresse: Galileo-Redaktion, Buererstr. 39, 45899 Gelsenkirchen.
Email: redaktion@mlpd-galileo.de**

STUDENTENPROTESTE IN EUROPA



Demonstration in Athen im Februar 2007

ÖSTERREICH: STUDIERENDE FORDERN WAHLVERSprechen EIN

Anfang Januar besetzten österreichische Studierende den Eingangsbereich der Zentrale der sozialdemokratischen SPÖ in Wien, um die Partei an ihr Versprechen zu erinnern, im Falle ihres Wahlsiegs die allgemeinen Studiengebühren abzuschaffen. Das hat sie nämlich nicht eingehalten, sondern lediglich festgelegt, dass man die Gebühren erlassen bekommt, wenn man 2 h die Woche gemeinnützige Arbeit

leistet. Die Studierenden befürchten eine Erhöhung der Gebühren statt Abschaffung. In Salzburg hatten sozialdemokratische Studenten deswegen den Eingang der SPÖ-Zentrale zugemauert.

GRIECHENLAND: MASSENBEWEGUNG GEGEN KOMMERZIALISIERUNG DES BILDUNGSWESENS

Mehrere tausend Studierende, SchülerInnen und LehrerInnen haben

Mitte Januar in Griechenland gegen die Einführung von privaten Universitäten demonstriert. Bereits im vergangenen Jahr wurden mehrere Hochschulen besetzt. Im März demonstrierten in Athen 10 000 Studenten und Professoren gegen die neuen Bildungsgesetze. Die Polizei ging massiv mit Tränengas gegen die Demonstranten vor. Inzwischen ist in Griechenland eine richtige Massenbewegung unter dem Motto „Hände weg von der öffentlichen Bildung“ entstanden. Sie protestiert gegen geplante Gesetze der regierenden Parteien, das Bildungswesen in ein „profitmachendes Instrument des Kapitals“ umzuwandeln.

Hintergrund ist der derzeit stattfindende Prozess, die unterschiedlichen Hochschulsysteme EU-weit zu vereinheitlichen – bekannt unter dem Namen „Bologna-Prozess“. Die Bologna Erklärung, die im Jahre 1999 von 29 europäischen Bildungsministern unterzeichnet wurde, sieht vor, bis 2010 einen gemeinsamen „Europäischen Hochschulraum“ zu schaffen. Dazu werden die strukturellen Angleichungen in den Nationalstaaten unternommen. So soll die Konkurrenzfähigkeit der EU auf dem Bildungsmarkt gesteigert werden, von dem sich die internationalen Konzerne horrende Profite erhoffen.

ALDI-HÖRSAAL AN DER FH WÜRZBURG

Aldi Süd hat an der Fachhochschule Würzburg sich die Namensrechte für den größten Hörsaal gekauft. Mit den Sponsoreinnahmen soll der Hörsaal renoviert werden; natürlich in Aldi-Farben und dem Firmenlogo.

JACOBS-UNI – WUNDERBAR!

Mit satten 200 Millionen Euro hilft die Jacobs Foundation von Klaus Jacobs der International University Bremen aus der Klemme. Für die „private Exzellenzinitiative“ bedankt sich die Hochschule: Sie heißt fortan Jacobs University. Soviel zum Thema „Freiheit der Wissenschaften“.

BESTRAFUNG FÜR DIE UMWELTVERBRECHER!

Die breite Masse und ihr Lebensstil sollen für die Umweltzerstörung verantwortlich sein. Entsprechend dieser Logik wollen die Monopole auf Kosten der breiten Bevölkerung am Umweltschutz verdienen. Die Maßnahmen sind dürftig, zu ihnen zählt der Energiepass fürs Haus, der Rußfilter für den Diesel-PKW oder am besten gleich ein neues Auto, wozu die neue PKW-Steuer Anreize schaffen soll.

Den Ruß aus dem Auspuff haben doch nicht die Autofahrer, sondern die Hersteller zu verantworten. Seit der Erfindung der Brennstoffzelle durch den Waliser William Grove im Jahr 1839 existiert eine revolutionäre Methode der Energieerzeugung, die vollends ohne Verbrennung auskommt und damit die hauptsächliche Ursache für gefährliche Schadstoffbelastung der Atmosphäre

beseitigen kann. Während sie seit 1960 problemlos in der Raumfahrt eingesetzt wird, haben die Automobil- und die Öl- und Gasmonopole ihre Einführung immer wieder verschoben und sabotiert. Stattdessen werden auf den Frühjahrmessen von den Automobilherstellern erneut spritfressende CO₂-Schleudern präsentiert. Der neue „Smart for two“ erweist sich um ein Vielfaches schmutziger als ein moderner Stadtbus („Report Mainz“, 27.11.2006)

Energiesparen in den Privathaushalten ist sicher eine sinnvolle Umweltschutzmaßnahme. Die Masse der Haushalte verwirklicht dies aus Umwelt- und Kostengründen bereits in hohem Maße, nicht zuletzt deshalb, weil Strom und Heizung immer teurer werden. Aber über 50 Prozent des CO₂-Ausstoßes kommen aus Nordrhein-West-

falen von der Industrie. 44 Prozent des deutschen CO₂-Ausstoßes kommen allein aus Nordrhein-Westfalen, was vor allem an der Massierung der Stein- und Braunkohlekraftwerke liegt. 26 neue Braun- und Steinkohlekraftwerke mit insgesamt 26 MW wollen die Stromkonzerne bundesweit in den kommenden Jahren bauen, acht davon allein in NRW. Diese als „Modernisierung des Kraftwerkparcs“ verkaufte Klimazerstörung wird von Umweltminister Gabriel gar als Klimaschutzmaßnahme ausgegeben, weil der Wirkungsgrad geringfügig höher ist als bei den alten Kraftwerken. Eine Milliarde Euro kostet ein solches neues Kraftwerk wie in Duisburg-Walsum oder Krefeld, finanziert über horrenden Strompreise und staatliche Zuschüsse. Was hilft das Energiesparen der Haushalte der natürlichen Umwelt, wenn Industrie- und Energiemonopole die Luft weiterhin als gigantische Müllkippe missbrauchen und massiv CO₂ in sie hineinpumpen dürfen?

Insbesondere Biosprit wird als Alternative für die Verbrennung fossiler Energieträger protegiert. Das ist Etikettenschwindel, denn für den Anbau von Ölpflanzen und Soja zur Herstellung von Biokraftstoff werden große Flächen von Regenwald in Südostasien und Brasilien vernichtet und durch Monokulturen ersetzt. Allein in Indonesien wird bereits auf einer Fläche von 6 Millionen Hektar Palmöl angebaut und 18 Millionen Hektar Regenwald wurden für neue Plantagen gerodet. Auf diese Weise werden die das CO₂ absorbierenden grünen Lungen der Erde zerstört! Und die dabei eingesetzte Brandrodung trägt weltweit zu 30% des CO₂-Ausstoßes bei.

Bei dieser Entwicklung geht es nicht um einen „Klimawandel“, sondern um den Umschlag zur Katastrophe, die die Lebensgrundlagen auf der Erde unwiderruflich zerstört! Das kann und muss verhindert werden, wofür jeder von uns in seinem Land Verantwortung übernehmen muss. Kein fossiles Kraftwerk darf mehr gebaut werden! Keines der geplanten neuen Braun- und Steinkohlekraftwerken in Deutschland darf ans Netz, weil sie mit jährlich 150 Mio Tonnen CO₂ Klimakiller sind. Stattdessen

Schon heute kann die Versorgung der Erde mit Elektrizität vollständig aus regenerativen Energiequellen gedeckt werden. Im Bild: kommerzielles Solarkraftwerk vom Typ SEGS, das seit über 10 Jahren in der kalifornischen Mojave-Wüste Solarstrom erzeugt. (internet-foto)



müssen solarthermische Verbundkraftwerke, Brennstoffzellen- und Biogaskraftwerke errichtet werden, verbunden mit einer Förderung zahlreicher weiterer regenerativer Energiequellen. Die Umstellung ist technisch machbar, und mit dieser Begründung wurde vor wenigen Tagen der Bau eines Kohlekraftwerks in Leverkusen verhindert.

Jeder Konzern, der das Klima weiter zerstören will, ist ein Umweltverbrecher und muss aus diesem Grund streng bestraft werden. Außerdem brauchen wir ein internationales Verbot der Abholzung tropischer Regenwälder!

Nebstehendes Bild: Ein von einer Brennstoffzelle angetriebener Gabelstapler fährt problemlos im alltäglichen Einsatz. Aus seinem Auspuff strömt harmloses Wasser. Das Prinzip besteht darin, Wasserstoff mit Sauerstoff kontrolliert auf chemischem Weg in Wasser umzuwandeln, wobei Energie frei wird. Der Wasserstoff kann umweltfreundlich aus Wasser und Sonnenenergie gewonnen werden. Im Prinzip reichen bereits 3 Prozent der Saharafläche aus, um den Primärenergiebedarf der Erde vollends zu decken.



13. INTERNATIONALES PFINGSTJUGENTREFFEN IN GELSENKIRCHEN

Am 26./27. Mai ist es wieder so weit. Wir laden Euch herzlich ein, an dieser internationalen Begegnung für Jugendliche mitzumachen.

Letztes Mal waren 24.000 Teilnehmer aus aller Welt dort. Mit Sport, Musik, Politik, Erfahrungsaustausch, kulturellen Veranstaltungen und kulinarische Ständen ist für jeden etwas dabei.

Wer dahinter steht? Das Treffen wird selbstständig organisiert von Jugendzentren, Bands, Sportvereinen, Gewerkschaftern, Künstlern, Parteien, verschiedensten Organisationen und zahlreichen Einzelpersonen.

Übernachten könnt ihr bei Freunden oder in Eurem Zelt auf dem Zeltcamp. Es geht los am Freitag mit dem Begrüßungsfest. Am Samstag Vormittag gibt es eine Großdemonstration zur „Zukunft der Jugend“ und zur „Internationalen Solidarität“. Am Sonntag Abend dann das Ende von zwei tol-

len Tagen mit einem Open-Air-Fest mit Konzert.

Es war bisher jedes Mal ein unvergessliches Erlebnis.

Jeder ist gefragt und willkommen

– je mehr, desto besser. Mit einer Ausnahme: Faschisten haben dort nichts zu suchen. Wer noch mehr wissen oder sich anmelden will:

www.pfingstjugentreffen.de



GEHT DER GESELLSCHAFT DIE ARBEIT AUS?



Airbus-Kollegen kämpfen um ihre Arbeitsplätze

18 Millionen Menschen in Deutschland sind heute real arbeitslos oder unterbeschäftigt. Diejenigen, die Arbeit haben, erleben enorm gestiegenen Arbeitsdruck und wachsende Unsicherheit. Immer mehr von ihnen können von ihrer Arbeit nicht existieren. Dazu gehören auch die „Praktikanten“ nach einem Hochschulstudium, aber v. a. Millionen Menschen mit Billigjobs oder als Hartz IV-Bezieher, gezwungen zu Ein-Euro-Jobs. Gleichzeitig sprudeln die Gewinne, wächst der gesellschaftlich erarbeitete Reichtum.

Die Wirtschaftsbosse argumentieren, Lohnsenkung, Abschaffung des Kündigungsschutzes, Ausdehnung der Arbeitszeit usw. sei notwendig, um in der globalen Wirtschaft wettbewerbsfähig zu sein. Gibt es wirklich keine Alternative dazu, dass sich weltweit die Lohnabhängigen in Konkurrenz um die niedrigsten Löhne und die schlechtesten Arbeits- und Lebensbedingungen treiben lassen für den Profit des Kapitals?

Stimmt es, dass die Gewerkschaften die immer heftigeren Angriffe auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Millionen allenfalls sozial abfedern können, weil objektiv der Gesellschaft die Arbeit ausgehe und die Arbeiterklasse mitsamt ihrer organisierten Bewegung verschwinde?

Wenn zu einer Produktion, für die 1991 noch 1000 Industriearbeiter nötig waren, heute 438 ausreichen, bedeutet dies enorm gestiegene Produktivi-

tät bei sinkendem Arbeitsvolumen. Eigentlich ein Riesenschritt und die objektive Grundlage für die Verbesserung der Lebensverhältnisse, z. B. durch radikale Verkürzung der Arbeitszeit, um so Zeit zu gewinnen für soziale Beziehungen, Liebe, Kinder, Lernen, Kultur, Politik... Doch unter den Bedingungen kapitalistischer Ökonomie führt die steigende Produktivität dazu, dass die Nachfrage nach der Ware Arbeitskraft ab- und die Arbeitslosigkeit zunimmt. Kurz: Je mehr Reichtum die Arbeiterklasse erzeugt, desto weniger Anteil hat sie daran.

Arbeitslosigkeit stellt den Kapitalismus in Frage

Fast ein Drittel der Gesellschaft ohne Arbeit und damit ohne Existenzgrundlage stellt die Tauglichkeit dieses kapitalistischen Systems in Frage. Diese Situation treibt erfolgreiche Unternehmer wie Götz Werner (Besitzer der zweitgrößten Drogeriemarktkette) zu neuen Vorschlägen: Da es nicht Aufgabe der Wirtschaft (des Kapitals) sein könne, Arbeitsplätze zu schaffen, sondern möglichst effizient zu arbeiten, solle man jedem Bürger ein bedingungsloses Grundeinkommen bezahlen, damit sich die Wirtschaft auf ihre Aufgaben konzentrieren könne. G. Werner „vergisst“ dabei die Kritik an den kapitalistischen Besitzverhältnissen, die mit Privatisierung und Rückzug des Staates aus öffentlichen Aufgaben eine genau entgegengesetzte Entwicklung vorantreiben.

Werner will den bedingungslosen Grundlohn für alle aus einer 50%igen Mehrwertsteuer bezahlen. Also: keine Veränderung beim Privateigentum an Produktionsmitteln, im Gegenteil, eine Verbesserung der Verwertungsbedingungen von Kapital. Denn wenn die staatliche Grundsicherung als Existenzminimum bezahlt wird, kann der Kapitalist die Löhne weit unter die Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft senken. Es handelt sich bei diesem Vorschlag um eine gewaltige Lohnsubventionierung, bezahlt von allen, die konsumieren (müssen). Die schöne Vision, jeder könnte mit dem bedingungslosen Grundeinkommen das tun, was er für sinnvoll hält, vernebelt, dass die Neuverteilung der Arbeit zur Voraussetzung die Verfügung über den gesellschaftlich erarbeiteten Mehrwert hat. Wie anders sollen Gemeinschaftsaufgaben, die keinen kurzfristigen Profit versprechen, z. B. die sofortige notwendige Umstellung auf erneuerbare Energien angepackt werden?

Arbeit ist genug da

Der Gesellschaft geht die Arbeit nicht aus - im Gegenteil. Es gibt jenseits der industriellen und landwirtschaftlichen Arbeit genug gesellschaftlich notwendige Aufgaben von der Erziehung und Ausbildung, Kultur, Gesundheitswesen, Sport, bis zum Umweltschutz, Aufgaben, die heute immer mehr zusammengestrichen werden und teuer bezahlt werden müssen. Sie zu finanzieren und tatsächlich die Fähigkeiten aller Gesellschaftsmitglieder zu entfalten und zu nutzen, erfordert die gesellschaftliche Aneignung des Mehrwerts. Voraussetzung dafür ist die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die Ersetzung der kapitalistischen Ökonomie mit ihrem mörderischen Profit und Konkurrenzprinzip durch eine wirklich sozialistische Gesellschaft. Dazu müssen die Lehren aus den bisherigen Niederlagen im Aufbau des Sozialismus gezogen werden.

Daran mitzuarbeiten, die Voraussetzungen für eine solche Gesellschaft zu schaffen, bedeutet, sich mit der revolutionären Arbeiterbewegung auseinander zu setzen und sich an ihrem Kampf zu beteiligen.

25 JAHRE MLPD SIND AUCH 25 JAHRE ENTWICKLUNG EINER FORTSCHRITTLICHEN UND REVOLUTIONÄREN KULTUR

Morgens weckt dich sanft das Radio, mancher sieht vielleicht schon das „Frühstücks-Fernsehen“, in der Schule oder Hochschule erzählt man uns etwas über Wirtschaft, Wissenschaft, Philosophie und Kunst, am Wochenende gehst du vielleicht mit Freunden zum Sport, ins Kino oder in ein Konzert, andere lesen Krimis oder Romane... Überall begegnen wir in der Gesellschaft den unterschiedlichen Formen der Kultur. Die Kultur ist aber nicht wertfrei, unabhängig oder „neutral“: seit es Herrschende und Beherrschte gibt in der Menschheitsgeschichte wird Kultur zur Festigung der bestehenden Ordnung benutzt.

Heute ist es die verschwindend kleine Zahl von Monopolkapitalisten, die mit allen Mitteln ihre Alleinherrschaft aufrechterhalten wollen. So erklärte beispielsweise der führende Repräsentant des US-Imperialismus Zbigniew Brzezinski: Amerikas Massenkultur besitze, *„besonders für die Jugendlichen in aller Welt, eine geradezu magnetische Anziehungskraft... Amerikanische Fernsehprogramme und Filme decken etwa 3/4 des Weltmarktes ab. Die amerikanische Pop - Musik ist ein ebenso beherrschendes Phänomen....Die Sprache des Internets ist englisch, und ein überwältigender Teil des Computer - Schnickschnacks stammt ebenfalls aus den USA und bestimmt somit die Inhalte der globalen Kommunikation nicht unwesentlich.“* (Zbigniew Brzezinski; zitiert in *„Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft.“* Fischer/Frankfurt 1997, Seite 46)

Mit der Entwicklung der digitalen Massenmedien, des Satelitenfernsehens, des Internets hat weltweit eine systematische und allgegenwärtige Einflussnahme auf unser Denken, Fühlen und Handeln Platz gegriffen und kein Mensch kann sich dieser systematischen Massenbeeinflussung entziehen. Die Manipulierung der öffentlichen Meinung findet heute wesentlich durch das System der kleinbürgerlichen Denkweise statt. D. h.: Die Monopole können nicht mehr verhindern, dass die Massen kritisch der Regierungspolitik, den bürgerlichen Parteien und den Politikern gegenüber stehen. Also wird sie scheinbar an die kritische Meinung der Massen angepasst, um die Kritik in eine für den Bestand ihrer Herrschaft ungefährliche Bahn

zu lenken. In der Regel werden so wirtschaftliche Fehlentwicklungen als Fehler von Parteien oder Politikern, nicht aber als Ausdruck der krisenhaften Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise gedeutet.

Aber auch die modernste Kommunikationstechnik und perfekt gestaltete Kunst- und Kulturformen können nicht die Tatsache verdecken, dass im Namen der Profitsteigerung Massenarbeitslosigkeit, verheerendes Elend und eine menscheitsbedrohende Umweltzerstörung betrieben wird. Dabei sind die Produktivkräfte heute bereits soweit entwickelt, dass menschenwürdige Lebensbedingungen und ein hohes kulturelles Niveau für die gesamte Menschheit möglich wären.

In ihrem 25 - jährigen Parteaufbau ging die MLPD deshalb stets davon aus, dass das in der Kultur enthaltene Wissen, die in der Auseinandersetzung mit der Natur und in der Gesellschaft gewonnene Erfahrung, die Kunst und Technik auch genutzt werden kann, um die Ideen einer neuen Zeit zu verbreiten und den Zusammenschluss und Kampf für eine bessere Gesellschaftsordnung voranzubringen.

Bei Millionen Menschen erweitert sich der lokal begrenzte Horizont des Fühlens und Denkens durch die internationale Vernetzung und die wachsenden Möglichkeiten, sich weltweit Informationen

aus allen Kulturen zu beschaffen., Und die neuesten Kultur - Techniken werden auch genutzt, um die Beschäftigten internationaler Konzerne im Kampf für ihre gemeinsamen Interessen zusammenzuschließen; wie bei Opel oder aktuell bei Airbus. Auch werden z.B. in vielen Ländern die - inzwischen internationalisierten - Formen der Rock- und Popmusik eingesetzt, um Protest gegen die nationale oder internationale Politik und auch Kriege im Interesse der Monopole zum Ausdruck zu bringen. Das hat auch die MLPD seit 25 Jahren in vielen Auseinandersetzungen z. B. mit Transparenten, Liedern, Kabarett, in den Betrieben, auf den Montagsdemonstrationen usw. und mit einer ihr typischen Festkultur und nicht zuletzt einer solidarischen Streitkultur befördert.

Aber die MLPD geht mit ihrer Kultur weiter. Wir wollen damit jeden einladen, an der schönsten Aufgabe mitzuarbeiten, die sich in unserer Zeit den Menschen stellt: die überholte kapitalistische Gesellschaftsordnung abzuschaffen und mit uns gemeinsam für eine sozialistische Gesellschaftsordnung einzutreten, in der alle Formen der Ausbeutung und Unterdrückung der Massen beseitigt werden, die Produktivkräfte von den kapitalistischen Fesseln befreit sind und die Einheit von Mensch und Natur wieder hergestellt wird.

(Fachhochschulgruppe Gelsenkirchen)



EIN SCHLITZOHR IM KZ

Nun scheinen die Film-Scouts auf ihrer Suche nach interessanten Milieus im KZ Sachsenhausen angekommen zu sein. Mit "Die Fälscher", der im März in die Kinos gekommen ist, werden wir an einen der bizarrsten Orte des SS-Imperiums versetzt, in die Fälscherwerkstatt dieses KZ bei Berlin. Hier arbeiteten in den letzten Kriegsjahren 142 hochqualifizierte Häftlinge an der Herstellung englischer Pfund- und amerikanischer Dollarnoten. Damit wollten die Faschisten ihre Kriegskasse auffüllen und das Währungssystem ihrer Gegner kollabieren lassen.

Unter den vergleichsweise privilegiert lebenden Häftlingen entbrennt der Konflikt, ob man die Fälscherei sabotieren solle, selbst wenn man damit sein Leben riskiert. Der Kommunist Adolf Burger, im Film gespielt von einem blässlichen August Diehl, ist dafür. Der russisch-jüdische Geldfälscher Salomon Smolianoff (im Film heißt er Salomon Sorowitsch und wird überzeugend gespielt von Karl Markowics) ist

dagegen. Er will überleben oder doch lieber morgen als heute erschossen werden. Diese Haltung haben damals die meisten seiner Mitgefangenen eingenommen, die genau wussten, dass sie mit dem Geheimnis, in das sie eingeweiht waren, nicht überleben durften. Den Konflikt des Films hat es in Wahrheit nicht gegeben. Alle wollten und haben überlebt. Einige, wie z.B. Burger, allerdings mit der Last, dass das Geld, das sie gedruckt hatten, den Krieg vielleicht verlängert hat.

Obgleich der Film spannende und bewegende Momente hat, wirkt er von Anfang bis Ende außerordentlich künstlich. Man spürt ständig, dass den Regisseur an seinem Stoff vor allem interessiert hat, wie sich ein Schlitzohr unter den Extrembedingungen des KZ verhält. Und daraus entwickelt sich

eine Verharmlosung der Faschisten. So wird der Trickser gezeigt, wie er selbst in gefährlichsten Situationen seinen Vorteil zu finden versteht. Als ob ein von einem SS-Mann geklauter Apfel ein Sieg über die SS war! Zu dem abseitigen Interesse des Regisseurs passt die klischeehafte Rahmenhandlung des Films, die den Trickser in seinem Element zeigt – in der Berliner Unterwelt von 1936, im Bett mit einer Frau sowie im Casino von Monte Carlo nach dem Krieg, wo er mit seinem Falschgeld natürlich abräumt.

Der Film kann vielleicht dazu führen, dass einige Besucher der Gedenkstätte Sachsenhausen nach der Fälscherwerkstatt fragen werden. Wenn das dazu beiträgt, dass sie umso genauer wahrnehmen, unter welchen schlimmen Bedingungen die Masse der Häftlinge gelebt hat, kann der Film sogar noch von Nutzen sein.

(Hochschulgruppe Berlin)

Wenn alle Blüten, die in Sachsenhausen gedruckt wurden, in Umlauf gekommen wären, hätten sie 13 Prozent der zirkulierenden Geldmenge an Pfund ausgemacht und wären eine Katastrophe für das britische Finanzsystem gewesen. Tatsächlich kamen nur so viele in Umlauf, dass der Kurs des Pfunds gegenüber der Dollarwährung erheblich fiel und Schweizer Banken britische Pfundnoten nicht mehr annahmen.

URLAUB!

Seit drei Jahren gehe ich im Sommer aufs Rebell-Sommercamp. Dieses Jahr hat sich ein Freund überlegt, einmal mitzumachen. Er fand die Vorstellung spannend, dass wir dort junge aufgeweckte Leute treffen und mit ihnen gemeinsam ein Wochenprogramm auf die Beine stellen: Ausflüge, um die Natur, Land und Leute im Thüringer Wald kennenzulernen, Kultur und Freizeit selber gestalten. Wir diskutieren, feiern, machen Sport, beteiligen uns an Baueinsätzen im Feriencamp und organisieren das ganze Leben selbst.

Wir können auch unsere Erfahrungen mit Arbeiterjugendlichen austauschen, indem wir z.B. über unsere Studienbedingungen und den Kampf gegen Studiengebühren berichten und sie vom Übernahmekampf im Betrieb. Es gibt genug Diskussionsthemen: wie Umweltschutz, Frieden und Völkerfreund-



schaft zu erreichen sind oder wie eine gesellschaftliche Alternative aussehen kann. Denk mal darüber nach und melde Dich auch an für das nächste Rebell-Sommercamp vom 14.7.-31.7.07 in Truckenthal (Thüringen). 2 ½ Wochen

kosten 260 €, 2 Wochen 225 €, 1 Woche 125 €. Anmeldung: Jugendverband Rebell, An der Rennbahn 2, 45899 Gelsenkirchen, Tel 0209/9552448 - geschaeftsstelle@rebell.info - www.rebell.info
(Hochschulgruppe Tübingen)